Deutscher Bundestag **Drucksache 17/3383**

17. Wahlperiode 21. 10. 2010

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Harald Koch, Richard Pitterle und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/3163 –**

Ausmaß der Steuerrückstände und des steuerlichen Mehrergebnisses durch die Betriebsprüfung

Vorbemerkung der Fragesteller

Werden Steuern festgesetzt aber nicht erhoben, kommt es zu einem kassenbedingten Minderaufkommen. Die fehlende Erhebung kann neben wirtschaftlichen Gründen infolge von Stundung oder Erlass auch durch eine sinkende Zahlungsmoral begründet sein. Daher gilt es zu evaluieren, wie sich die Zahlungsmoral in den vergangen Jahren entwickelt hat und welche Gründe die Bundesregierung für einen möglichen Anstieg der Steuerrückstände anführt.

Eine Erodierung des Steueraufkommens kann neben den Steuerrückständen auch durch eine aggressive Steueroptimierungsstrategie entstehen. In den meisten Fällen ist der Steuerpflichtige verpflichtet, die Bemessungsgrundlage selbst zu ermitteln. Im Rahmen der Festsetzung von Steuern obliegt es dann den Finanzbehörden, die vom Steuerpflichtigen ermittelte Bemessungsgrundlage zu überprüfen. Bei betrieblichen Unternehmen erfolgt die Überprüfung zumeist durch eine Betriebsprüfung. Offenkundig entsteht hier ein Interessenkonflikt zwischen den Zielen des Steuerpflichtigen, die Steuerschuld zu minimieren, und den Zielen des Staates, eine dem Leistungsfähigkeitsprinzip sachgerechte Besteuerung vorzunehmen. Im Rahmen von Betriebsprüfungen erzieltes Mehraufkommen kann einen Aufschluss darüber geben, wie stark dieser Interessenkonflikt ausfällt. Hierbei ist ferner zu berücksichtigen, dass die Anzahl der durchgeführten Betriebsprüfungen pro Unternehmen mit der Größenklasse abnimmt. Es ist daher zu befürchten, dass bei bestimmten Betriebsgrößenklassen nur eine unzureichende Überprüfung vorgenommen wird.

Wir fragen daher die Bundesregierung, wie sich die Steuerrückstände und das vereinnahmte Mehrergebnis durch Betriebsprüfungen im Zeitablauf entwickelt haben, und wie diese Entwicklung zu bewerten ist.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Bei der Statistik der Insolvenzverfahren, dem Jahresergebnis der steuerlichen Betriebsprüfung sowie dem Bericht über den Stand und die Entwicklung der

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 19. Oktober 2010 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Steuerrückstände handelt es sich um Aufbereitungen von Daten, die dem Bundesministerium der Finanzen von den Steuerverwaltungen der Länder mit der Maßgabe der Veröffentlichung in konsolidierter Form zur Verfügung gestellt werden. Eine Veröffentlichung der Daten der einzelnen Länder vonseiten der Bundesregierung erfolgt daher nicht.

1. Welche Möglichkeiten existieren im geltenden Steuerrecht, um infolge von finanziellen Schwierigkeiten einen Aufschub oder die komplette Ablösung der Steuerschuld zu erreichen, und welche Zinsansprüche können hierbei nach welchem Zeitraum entstehen (bitte mit Begründung)?

Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis können gemäß § 163 der Abgabenordnung (AO) abweichend festgesetzt, erlassen (§ 227 AO) oder gestundet (§ 222 AO) werden. Befinden sich die Steueransprüche bereits in Vollstreckung und ist die Vollstreckung im Einzelfall unbillig, so kann sie nach § 258 AO insoweit einstweilen eingestellt, beschränkt oder aufgehoben werden.

Für die Dauer einer Stundung können Stundungszinsen erhoben werden (§ 234 AO). Sie betragen für jeden vollen Monat der Stundung 0,5 Prozent der auf 50 Euro abgerundeten, gestundeten Steuerart (§ 238 AO). Auf die Zinsen kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre. Beim Vollstreckungsaufschub werden keine Zinsen erhoben. Da beim Vollstreckungsaufschub die Steuer jedoch weiterhin fällig ist, fallen pro Monat 1 Prozent Säumniszuschläge auf den rückständigen Steuerbetrag an.

2. Welche Möglichkeiten existieren im geltenden Steuerrecht für Steuerpflichtige, um bei Ausbleiben eines Steuerbescheides bei veranlagten Steuern nach einem angemessenen Zeitraum die Steuerbehörde zum Erlass eines Bescheides zu bewegen, und welche Zinsansprüche können hierbei nach welchem Zeitraum entstehen (bitte mit Begründung)?

Wird über einen vom Steuerpflichtigen gestellten Antrag auf Erlass eines Steuerbescheids ohne Mitteilung eines zureichenden Grundes binnen angemessener Frist sachlich nicht entschieden, kann gemäß § 347 Absatz 1 Satz 2 AO Einspruch eingelegt werden. Bleibt die Finanzbehörde auch im Einspruchsverfahren untätig, kann unter den Voraussetzungen des § 46 Absatz 1 der Finanzgerichtsordnung Klage erhoben werden.

Die Verzinsung der Steuerfestsetzung erfolgt auch hier nach den Grundsätzen des § 233a AO. Es gilt der monatliche Zinssatz von 0,5 Prozent je vollen Zinsmonat (§ 238 Absatz 1 Satz 1 AO). Der Zinslauf beginnt erst nach Ablauf einer 15-monatigen Karenzzeit.

3. Wie viele Insolvenzen wurden in den Jahren 2004 bis 2009 eröffnet, und welche durchschnittliche (erwartete) Forderungshöhe ergab sich hierbei (bitte differenziert nach Bundesland und Art der Insolvenz (Regel-, Verbraucherinsolvenzverfahren) sowie Höhe der erwarteten Forderungshöhe)?

Laut dem Statistischen Bundesamt wurde in den Jahren 2004 bis 2009 folgende Insolvenzverfahren eröffnet:

Jahr	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen
2004	23 897	47 230
2005	23 247	66 945
2006	23 293	94 389
2007	20 491	103 085
2008	21 359	95 730
2009	24 315	98 776

Zahlen über die Insolvenzforderungshöhe an Besitz- und Verkehrsteuern liegen erst seit dem Jahr 2005 vor. Danach ergeben sich für die Jahre 2005 bis 2009 folgende Insolvenzforderungen an Besitz- und Verkehrsteuern:

Jahr	Forderungen in Mio. Euro
2005	2 324,6
2006	2 509,0
2007	1 389,6
2008	1 790,0
2009	3 399,8

Zahlen über die durchschnittliche Forderungshöhe in Insolvenzverfahren pro Steuerfall liegen nicht vor.

4. Wie hat sich das kassenmäßige Steueraufkommen in den Jahren 2004 bis 2009 entwickelt (bitte differenziert nach Bundesländern und Steuerarten)?

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen insgesamt sowie in den einzelnen Bundesländern sind in den Anlagen 1 und 2 ausgewiesen.

5. Welche Steuerrückstände (insgesamt) ergeben sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 (Kassensoll) jeweils differenziert nach Bundesland und aufgeschlüsselt auf neu entstandene Forderungen und Rückstände des vorangegangenen Jahres, untergliedert nach Steuerarten mit Angabe von kassenmäßigem Aufkommen und Erlass/Niederschlagung?

Die Rückständestatistik erfasst die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern. Die Angaben sind der Anlage 3 zu entnehmen.

6. Welche Steuerrückstände ergeben sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 aus gestundeten Steuern jeweils differenziert nach Bundesland und aufgeschlüsselt auf neu entstandene Forderungen und Rückstände des vorangegangenen Jahres, untergliedert nach Steuerarten?

7. Welche Steuerrückstände ergeben sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 aus ausgesetzten Steuern jeweils differenziert nach Bundesland und aufgeschlüsselt auf neu entstandene Forderungen und Rückstände des vorangegangenen Jahres, untergliedert nach Steuerarten?

8. Welche Steuerrückstände ergeben sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 aus ausgesetzten Steuern infolge der Gewährung der Aussetzung der Vollziehung jeweils differenziert nach Bundesland und aufgeschlüsselt auf neu entstandene Forderungen und Rückstände des vorangegangenen Jahres, untergliedert nach Steuerarten?

Die Fragen 6 bis 8 werden im Zusammenhang beantwortet.

Die gemeldeten Gesamtbestände der gestundeten und von der Vollziehung ausgesetzten Steuerforderungen sind aus der Anlage 4 ersichtlich. Weitergehende Angaben zu den gestundeten und von der Vollziehung ausgesetzten Steuerforderungen (§ 361 AO, § 69 der Finanzgerichtsordnung), unterteilt nach Alt- und Neufällen, liegen der Bundesregierung nicht vor.

9. Welcher Bestand an erlassenen Steuern ergibt sich zum Stand 31. Dezember jeweils in den Jahren 2004 bis 2009 jeweils differenziert nach Bundesland, untergliedert nach Steuerarten und Anzahl der Fälle?

10. Welcher Bestand an niedergeschlagenen Steuern ergibt sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 jeweils differenziert nach Bundesland, untergliedert nach Steuerarten und Anzahl der Fälle?

Die Fragen 9 und 10 werden im Zusammenhang beantwortet.

Fallzahlen liegen seit dem Jahr 2005 nur für Steuerforderungen vor, die im Rahmen eines Insolvenzverfahrens bzw. eines außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens erlassen oder niedergeschlagen wurden. Die verfügbaren Daten sind in der Anlage 5 zusammengestellt.

11. Wie viele Rückstandsfälle (insgesamt) ergeben sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 jeweils differenziert nach Bundesland und Steuerart, Anzahl der gesamten erfassten Steuerfälle und Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall?

12. Wie viele Rückstandsfälle ergeben sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 jeweils aus gestundeten Steuern differenziert nach Bundesland und Steuerart, Anzahl der gesamten erfassten Steuerfälle und Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall?

13. Wie viele Rückstandsfälle ergeben sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 jeweils aus ausgesetzten Steuern differenziert nach Bundesland und Steuerart, Anzahl der gesamten erfassten Steuerfälle und Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall?

Die Fragen 11 bis 13 werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Angaben sind der Anlage 6 zu entnehmen.

14. Welche, außer der wirtschaftlichen Situation, sonstigen Gründe sieht die Bundesregierung für einen gestiegenen Bestand an Steuerrückständen, und sieht die Bundesregierung hierin Anzeichen für eine gesunkene Zahlungsmoral der Steuerpflichtigen (bitte mit Begründung)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass ein Ansteigen der Steuerrückstände andere Gründe hat als die allgemeine wirtschaftliche Situation.

15. Hält die Bundesregierung die derzeitige Höhe des in der Abgabenordnung (AO) festgelegten Zinssatzes für ausreichend, um dem Grundgedanken einer Vorteilsabschöpfung gerecht zu werden (bitte mit Begründung)?

Die Bundesregierung hält die Höhe des in der AO festgelegten Zinssatzes für ausreichend, um den Grundgedanken einer Vorteilsabschöpfung gerecht zu wer-

den; dies zeigt sich im Vergleich zum derzeitigen (niedrigeren) Marktzins. Der für alle Zinsen nach der AO geltende monatliche Zinssatz von 0,5 Prozent je vollen Zinsmonat (§ 238 Absatz 1 Satz 1 AO) hat sich trotz des über die Jahre alternierenden Zinsniveaus in mehr als 30 Jahren Praxis bewährt.

Das Bundesverfassungsgericht hat erst kürzlich (Beschluss vom 3. September 2009 – 1 BvR 2539/07) die Verfassungsmäßigkeit der Regelung über die Höhe des Zinssatzes bestätigt. Dass der Gesetzgeber im Interesse der Praktikabilität und der Verwaltungsvereinfachung den auszugleichenden Zinsvorteil und -nachteil typisierend auf 0,5 Prozent pro Monat festgesetzt habe, sei rechtsstaatlich unbedenklich und stelle insbesondere keinen Verstoß gegen das aus dem Rechtsstaatsprinzip folgende Übermaßverbot dar.

16. Welche Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten ergeben sich zum Stand 31. Dezember in den Jahren 2004 bis 2009 jeweils differenziert nach Bundesland und Steuerart?

Die Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten sind – gemessen am Kassensoll – in der Anlage 7 aufgeführt.

17. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 15. Juni 2010 (VIII R 33/07) zur Steuerfreiheit von Erstattungszinsen im Sinne des § 233a AO, die das Finanzamt an den Steuerpflichtigen zahlt (bitte mit Begründung), und plant die Bundesregierung dieses Urteil für allgemeingültig zu erklären?

Die Rechtsausführungen dieser Entscheidung des Bundesfinanzhofs werden zurzeit mit den obersten Finanzbehörden der Länder erörtert.

18. Wie viele Betriebsprüferinnen und -prüfer waren im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2004 bis 2009 tatsächlich im Einsatz, und wie viele Planstellen existierten hierbei jeweils (differenziert nach Bundesländern bitte)?

Ab dem Jahr 2006 wird nicht mehr die Zahl der durchschnittlich eingesetzten Prüfer ermittelt. Stattdessen erfolgt die Berechnung der Zahl der im Kalenderjahr vorhandenen Prüfer (einschließlich Beamte des mittleren Dienstes) in einem optimierten Verfahren, um den tatsächlichen Prüfereinsatz besser widerspiegeln zu können.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zahl der durchschnittlich eingesetzten Prüfer	10 619	10 619				
Zahl der im Kalenderjahr vorhandenen Prüfer			13 707	13 646	13 337	13 332

19. Wie viele Betriebe waren in den Jahren 2004 bis 2009 in der Betriebskartei der Finanzämter erfasst (bitte differenziert nach Bundesländern und nach Größenklassen gemäß § 3 der Betriebsprüfungsordnung (BpO)?

Angaben über die Anzahl der in den Betriebskarteien der Finanzämter erfassten Betriebe liegen der Bundesregierung nicht vor. Nachstehend wird daher die in der Statistik der Betriebsprüfung gemeldete Anzahl der Betriebe aufgeführt:

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Großbetriebe	172 184	179 765	171 507	170 060	170 060	170 060
Mittelbetriebe	795 073	795 280	795 118	758 051	758 051	758 051
Kleinbetriebe	1 111 628	1 111 677	1 111 405	1 141 147	1 141 146	1 141 146
Kleinstbetriebe	5 252 015	5 253 917	5 255 457	6 321 466	6 321 465	6 321 465

20. Wie viele Betriebe wurden in den Jahren 2004 bis 2009 jeweils durch die Betriebsprüfung geprüft (bitte differenziert nach Bundesländern und nach Größenklassen gemäß § 3 BpO, und in wie vielen Fällen erfolgte die Prüfung als Anschlussprüfung?

Der Bundesregierung liegen keine Angaben darüber vor, in wie vielen Fällen die Prüfung als Anschlussprüfung erfolgte.

Zahl der geprüften Betriebe:

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Großbetriebe	39 505	40 628	38 235	38 662	39 885	38 988
Mittelbetriebe	62 379	60 866	59 959	59 068	56 999	55 157
Kleinbetriebe	47 096	46 608	46 553	44 735	44 114	43 621
Kleinstbetriebe	69 481	69 396	72 641	70 910	69 638	68 758

21. Wie viele natürliche Personen mit bedeutenden Einkünften, Verlustzuweisungsgesellschaften und Bauherrengemeinschaften wurden in den Jahren 2004 bis 2009 erfasst und wurden durch die Betriebsprüfung geprüft?

Eine gesonderte Erfassung der Fälle mit bedeutenden Einkünften und der Bauherrengemeinschaften und Verlustzuweisungsgesellschaften erfolgt erst ab dem Jahr 2006.

	2006	2007	2008	2009
Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften				
Anzahl:	15 526	10 717	10 685	10 685
davon geprüft	1 543	1 612	1 770	1 628
Bauherrengemeinschaften und Verlustzuweisungsgesellschaften				
Anzahl:	12 875	15 087	15 612	15 612
davon geprüft	1 638	1 473	1 616	1 498

22. Über welchen Prüfungszeitraum erstreckten sich jeweils die in den Jahren 2004 bis 2009 durchgeführten Betriebsprüfungen?

Eine gesonderte Erfassung des Prüfungszeitraums erfolgt erst ab dem Jahr 2006. Der Prüfungszeitraum erstreckt sich durchschnittlich auf die folgende Anzahl von Jahren:

	2006	2007	2008	2009
Großbetriebe	3,6	3,5	3,5	3,4
Mittelbetriebe	3,0	3,0	3,0	3,0
Kleinbetriebe	3,0	3,0	2,9	2,9
Kleinstbetriebe	2,9	2,9	2,9	2,9

23. Welches Mehrergebnis an Steuern erzielten die Betriebsprüferinnen und -prüfer in den Jahren 2004 bis 2009 differenziert nach Bundesländern, Größenklassen der Betriebe, Steuerarten inkl. Lohnsteuer und vereinnahmten Zinsen?

Die gewünschten Daten sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen. Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Mehrergebnis in Mio. Euro						
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Großbetriebe:						
USt	722,2	798,3	915,5	1 079,9	1 014,7	1 026,6
ESt	1 846,5	1 773,4	1 403,3	1 556,5	1 583,7	1 477,1
KSt	4 580,8	4 940,0	4 939,7	4 429,4	4 917,2	5 611,5
GewSt	2 527,9	2 618,9	3 024,6	3 205,1	3 104,2	3 775,3
Zinsen (§ 233a AO)	k. A.	k. A.	2 073,4	1 992,7	2 754,8	2 747,0
Sonstiges	869,1	791,6	595,1	932,9	599,3	654,8
Mittelbetriebe:						
USt	220,1	207,2	253,3	209,1	216,1	219,1
ESt	547,2	481,8	454,7	457,4	451,2	410,4
KSt	198,3	212,1	182,9	227,4	195,4	181,6
GewSt	221,6	230,7	198,8	248,3	236,9	230,9
Zinsen (§ 233a AO)	k. A.	k. A.	102,2	167,1	141,5	143,4
Sonstiges	77,3	76,0	72,1	77,7	88,6	68,0
Kleinbetriebe:						
USt	127,3	123,4	136,8	137,8	133,2	138,2
ESt	319,2	291,6	314,9	274,5	298,8	302,2
KSt	55,9	49,5	45,1	41,5	53,8	42,7
GewSt	76,7	67,2	74,1	72,1	75,7	94,4
Zinsen (§ 233a AO)	k. A.	k. A.	52,8	64,3	73,4	77,8
Sonstiges	37,9	35,0	33,5	35,5	30,7	34,9
Kleinstbetriebe:						
USt	134,3	127,2	150,5	157,5	164,6	163,0
ESt	457,7	360,1	486,8	394,4	438,5	488,9
KSt	79,9	161,8	173,3	70,2	118,7	102,2
GewSt	152,1	95,8	99,8	73,9	112,6	121,2
Zinsen (§ 233a AO)	k. A.	k. A.	78,2	71,3	108,6	108,3
Sonstiges	51,4	93,0	58,7	49,6	74,8	74,8

24. Über welche durchschnittliche Zeitspanne der Prüfungstätigkeit durch die Betriebsprüferinnen und -prüfer erstreckten sich die in den Jahren 2004 bis 2009 durchgeführten Prüfungen (differenziert nach Bundesländern bitte)?

Über die durchschnittliche Zeitspanne der Prüfungstätigkeit bei den durchgeführten Betriebsprüfungen liegen der Bundesregierung keine Angaben vor.

25. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für ein im Zeitablauf steigendes Mehrergebnis der Betriebsprüfungen, und stimmt die Bundesregierung damit überein, dass ein gestiegenes Mehrergebnis auch auf eine aggressivere Steuervermeidungsstrategie von Betrieben zurückzuführen ist (bitte mit Begründung)?

Die Ursachen für Veränderungen im Mehrergebnis der Betriebsprüfungen sind statistisch nicht erfasst.

26. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass infolge der geringen Prüfungsdichte bei mittleren und kleinen Betrieben die Gleichmäßigkeit des Steuervollzugs nicht mehr gewahrt ist (bitte mit Begründung)?

Die Bundesregierung stimmt dieser Auffassung nicht zu. Die Steuerverwaltungen der Länder bestimmen Art und Umfang der Prüfung nach pflichtgemäßen Ermessen. Ein entscheidendes Kriterium dabei ist, inwieweit Sachverhalte verwirklicht worden sind, die steuerliche Ausfallrisiken beinhalten.

27. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen und wird sie ergreifen, um den Forderungen einer zeitnahen Betriebsprüfung zu entsprechen (bitte mit Begründung)?

Die Steuerverwaltungen der Länder praktizieren bereits unterschiedlichste Formen „zeitnaher Betriebsprüfungen“. Ein verbindlicher Rahmen, der den Finanzbehörden vor Ort aber hinreichend Möglichkeiten einräumt, individuelle und pragmatische Lösungen einer „zeitnahen Betriebsprüfung“ zu finden, wird helfen, Betriebsprüfungen gegenwartsnäher durchzuführen.

28. Stimmt die Bundesregierung dem Beschluss des Finanzgerichts Köln vom 7. Juli 2009 (Aktenzeichen: 13 V 1232/09) zu, dass Betriebsprüfungen, die im Jahrestakt gegen den ausdrücklichen Willen des betroffenen Unternehmens durchgeführt werden, die gesetzlichen Grenzen des Ermessens überschreiten, und daher als bedenklich einzustufen sind, und welche Schlussfolgerungen ergeben sich hieraus für zeitnahe Betriebsprüfung (bitte mit Begründung)?

Die Entscheidung des FG Köln ist eine Einzelfallentscheidung. Grundsätzlich steht die Anordnung der Außenprüfung im Ermessen der Finanzbehörde. Davon umfasst ist auch die Festlegung der zu prüfenden Besteuerungszeiträume.

29. Welche Möglichkeiten existieren für eine Überprüfung des Kapitalertragsteuereinbehalts bei Steuerabzugsverpflichteten, und wie wurden diese Möglichkeiten in den Jahren 2004 bis 2009 konkret vollzogen (bitte mit Begründung)?

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 ist die bisherige Besteuerung von Kapitalerträgen durch ein Quellenabzugsverfahren neu geregelt worden. Die Kapitalerträge von Privatpersonen werden einheitlich einem gesonderten Steuersatz in Höhe von 25 Prozent mit Abgeltungswirkung unterworfen. Die

Kapitalertragsteuer ist dabei regelmäßig an der Quelle, nämlich vom Schuldner der Erträge bzw. von der inländischen auszahlenden Stelle – i. d. R. ein Kreditinstitut für Rechnung des Gläubigers – einzubehalten.

Das ordnungsgemäße Einbehalten und Abführen der Kapitalertragsteuer ist Gegenstand von Außenprüfungen in Form von technischen Systemprüfungen und Strukturprüfungen. Bei der technischen Systemprüfung wird ausschließlich die eingesetzte Software beim Steuerpflichtigen überprüft. Es handelt sich daher um eine reine EDV-technische Prüfung. Bei der Strukturprüfung wiederum wird untersucht, ob die eingesetzte Software zum steuerrechtlich richtigen Ergebnis geführt hat.

30. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um die vom Bundesrechnungshof gerügte geringe Prüfintensität ausländischer Investmentfonds zu beseitigen, und wie viele in- und ausländische Investmentfonds wurden durch die Finanzbehörden und das Bundeszentralamt für Steuern in den Jahren 2004 bis 2009 geprüft (bitte mit Begründung)?

Nach § 5 Absatz 1 Nummer 4 des Finanzverwaltungsgesetzes überprüft das Bundeszentralamt für Steuern die Besteuerungsgrundlagen ausländischer Investmentfonds anhand der Veröffentlichungen im elektronischen Bundesanzeiger und im Wege von Stichproben. Es findet keine Außenprüfung statt. Die Überprüfung der Veröffentlichungen im elektronischen Bundesanzeiger hinsichtlich Fristeinhaltung und Vollständigkeit der zu veröffentlichen Daten erfolgt lückenlos.

Bei den Stichprobenprüfungen, die in ihrer Intensität mit Außenprüfungen inländischer Fonds vergleichbar sind, wurden im Jahr 2009 39 Prüfungen abgeschlossen. In den Vorjahren konnte diese Zahl nicht erreicht werden, da eine entsprechende Organisationseinheit mit Erfahrungen und Kenntnissen zum im Jahr 2004 eingeführten Investmentsteuergesetz zunächst aufzubauen war.

Aufgrund der Feststellungen des Bundesrechnungshofs soll die Prüfungsdichte des Bundeszentralamts für Steuern bei der Prüfung ausländischer Investmentfonds erhöht werden. Die Planungen zu Personalverstärkungen sind noch nicht abgeschlossen.

Bei der Prüfung inländischer Investmentfonds wirkt das Bundeszentralamt für Steuern mit der Bundesbetriebsprüfung an den Prüfungen der Landesfinanzbehörden mit. Im Jahr 2009 gab es 9 Mitwirkungsfälle. Hinzu kommen Mitwirkungen bei Prüfungen von Spezial-Investmentvermögen, die im Rahmen von Prüfungen bei den (institutionellen) Anlegern stattfinden. Hierzu liegen keine Zahlen vor. Es liegen auch keine Zahlen zu den Prüfungen durch die Landesfinanzbehörden vor.

31. In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung derzeit ein Vollzugsdefizit bei der Erhebung der Steuern, und stimmt die Bundesregierung damit überein, dass im Bereich hoher Einkünfte ein strukturelles Vollzugsdefizit infolge einer geringen Prüfungsintensität besteht (bitte mit Begründung)?

Die Bundesregierung sieht kein Vollzugsdefizit bei der Erhebung der Steuern, dabei geht sie davon aus, dass die Verfahren der Steuererklärung einer ständigen Überprüfung und gegebenenfalls Veränderung unterliegen.

32. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass durch die Einführung einer Abgeltungsteuer und der nicht zwingenden Mitteilung der Konfession an die Kapitalsteuerabzugsberechtigten sich das Vollzugsdefizit bei der Erhebung der Kirchensteuer erhöht hat (bitte mit Begründung)?

Bei der Kirchensteuer handelt es sich um eine Steuer, für die der Bund nicht zuständig ist. Er hat weder die Gesetzgebungs-, die Verwaltungs- noch die Ertragshoheit für diese Steuer.

Soweit dem Bund bekannt ist, bestehen in allen Bundesländern nach landesrechtlichen Bestimmungen für die mit der Fragestellung angesprochene Fallgestaltung Erklärungspflichten der Kirchenmitglieder zur Kirchensteuer gegenüber den die Kirchensteuer verwaltenden Stellen, um die Erhebung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge im Veranlagungsverfahren zu ermöglichen.

Weitere Einzelheiten zu den Auswirkungen des vorläufigen Verfahrens der Erhebung der Kirchensteuer auf die Kapitalertragsteuer sowie dessen Überprüfung mit dem Ziel der Einführung eines umfassenden verpflichtenden Quellensteuerabzugs auf der Grundlage eines elektronischen Informationssystems 2010 können der Unterrichtung des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 17/2865) entnommen werden.

33. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der in der Schweiz erlassenen und in Kraft getretenen Verordnung über die Amtshilfe nach Doppelbesteuerungsabkommen, und stimmt die Bundesregierung damit überein, dass durch die Verordnung ein mit der Schweiz ausgehandeltes Doppelbesteuerungsabkommen in seiner Wirkung zur Informationsbeschaffung über nicht erklärte Steuerquellen stark beeinträchtigt wird (bitte mit Begründung)?

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Vorschriften der Schweizer Verordnung über die Amtshilfe nach Doppelbesteuerungsabkommen (ADV) der Erfüllung des OECD-Standards für effektiven Informationsaustausch, zu dessen Umsetzung sich die Schweiz mit Erklärung des Schweizer Bundesrats vom 13. März 2009 verpflichtet hat, im Verhältnis zu Deutschland nach dem geplanten Revisionsprotokoll zum deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen nicht entgegenstehen werden.

Die in Artikel 5 ADV genannten Anforderungen der Schweiz an ein Amtshilfeersuchen waren Gegenstand der Revisionsverhandlungen und haben zur Aufnahme von Protokollvorschriften in den Entwurf geführt, die im Einklang mit dem OECD-Standard stehen. Dies betrifft insbesondere das Erfordernis der Identifizierung des betroffenen Steuerpflichtigen sowie des Inhabers der angefragten Information. Artikel 1 Satz 2 ADV stellt ausdrücklich klar, dass die Bestimmungen des im Einzelfall anwendbaren Abkommens den Bestimmungen der ADV vorgehen.

34. Welcher Verhandlungsstand existiert mit der Schweiz über den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens, und wann ist die Einbringung in den Deutschen Bundestag anvisiert (bitte mit Begründung)?

Der am 26. März 2010 paraphierte Entwurf eines Revisionsprotokolls zum deutsch-schweizerischen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen aus dem Jahr 1971 ist unterschriftsreif. Die Unterzeichnung wird für 2010, möglichst bis Ende Oktober, angestrebt. Unter dieser Voraussetzung wird die Einbringung des Entwurfs eines Vertragsgesetzes in den Deutschen Bundestag für Mitte 2011 anvisiert.

35. Wie hat sich das kassenmäßige Aufkommen der Kapitalertragsteuer in den Jahren 2004 bis 2010 entwickelt (bitte differenziert nach Bundesländer), und sieht die Bundesregierung in der Entwicklung auch unter Berücksichtigung der Abgeltungsteuer die Ziele der Unternehmenssteuerreform als erfüllt, die Kapitalflucht aus Deutschland zu verhindern und durch einen

gesunkenen Steuersatz (ausländische) Investoren anzulocken (bitte mit Begründung)?

Angesichts der Tatsache, dass die Abgeltungsteuer erst zum 1. Januar 2009 eingeführt wurde, sieht es die Bundesregierung als verfrüht an, anhand der vorliegenden Zahlen zum kassenmäßigen Aufkommen der Kapitalertragsteuer Schlüsse über den Erfolg der Abgeltungsteuer zu ziehen. Das kassenmäßige Aufkommen der Kapitalerträge hat sich wie folgt entwickelt:

Bundesgebiet	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 Jan–Aug
	Mio. Euro						
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag:	9 919	9 952	11 904	13 791	16 575	12 474	10 524
Zinsabschlag (2004 bis 2008), Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (ab 2009):	6 773	6 990	7 633	11 178	13 459	12 442	6 592
Kapitalertragsteuer insgesamt	16 691	16 943	19 537	24 969	30 035	24 916	17 116

Hinsichtlich der Differenzierung nach Bundesländern wird auf die Anlage 2 zu Frage 4 verwiesen.

36. In wie vielen Fällen wurden in den Jahren 2004 bis 2009 ein Kontenabruf im Sinne des Kontenabrufverfahrens durchgeführt (bitte differenziert nach Bundesländern und Art des Abrufs der abfragenden Behörde)?

Das Bundeszentralamt für Steuern führt seit dem 1. April 2005 Kontenabrufe für steuerliche Zwecke nach § 93 Absatz 7 AO und für andere Zwecke nach § 93 Absatz 8 AO durch.

Anzahl der durchgeführten Kontenabrufe	§ 93 Absatz 7 AO	§ 93 Absatz 8 AO	insgesamt
2005	8 610	79	8 689
2006	25 283	286	25 569
2007	27 440	309	27 749
2008	31 510	2 109	33 619
2009	37 291	5 775	43 066

Da Kontenabrufersuchen nach § 93 Absatz 8 AO bis zum 17. August 2007 von den fachlich zuständigen Behörden über die Finanzämter an das Bundeszentralamt für Steuern zu richten waren, liegen der Bundesregierung keine Angaben darüber vor, welche Behörde insoweit den jeweiligen Kontenabruf veranlasst hatte. Für die Zeit ab 2007 ergibt sich folgende Aufschlüsselung nach Aufgabengebieten der ersuchenden Behörde:

Aufgabengebiet:	1. 1. bis 17. 8. 2007	18. 8. bis 31. 12. 2007	1. 1. bis 31. 12. 2008	1. 1. bis 31. 12. 2009
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	–	124	1 691	5 359
Sozialhilfe (SGB XII)	–	21	355	446
Ausbildungsförderung (BAföG)	–	0	6	8
Wohngeld (WoGG)	–	1	50	71
undifferenziert	204	–	–	–
Summe	350		2 102	5 922

Anlage 1

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Kassenmäßige Steuereinnahmen
nach Steuerarten in den
Kalenderjahren 2004 bis 2009

12. Oktober 2010

Steuerart	2004		2005		2006		2007		2008		2009	
	Mio. Euro	Veränd. ggü. VJ. in %	Mio. Euro	Veränd. ggü. VJ. in %	Mio. Euro	Veränd. ggü. VJ in %	Mio. Euro	Veränd. ggü. VJ in %	Mio. Euro	Veränd. ggü. VJ. in %	Mio. Euro	Veränd. ggü. VJ. in %
I. Gemeinschaftl. Steuern												
Lohnsteuer	123.895	-6,9	118.919	-4,0	122.612	3,1	131.773	7,5	141.895	7,7	135.165	-4,7
Veranl. Einkommensteuer 1)	5.394	18,1	9.766	81,1	17.566	79,9	25.027	42,5	32.685	30,6	26.430	-19,1
Nicht veranl. Steuern v. Ertrag 1)	9.919	10,2	9.952	0,3	11.904	19,6	13.791	15,8	16.575	20,2	12.474	-24,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (bis 2008: Zinsabschlag)	6.773	-11,3	6.990	3,2	7.633	9,2	11.178	46,4	13.459	20,4	12.442	-7,6
Körperschaftsteuer 1)	13.123	58,6	16.333	24,5	22.898	40,2	22.929	0,1	15.868	-30,8	7.173	-54,8
Steuern vom Umsatz	137.366	0,3	139.712	1,7	146.688	5,0	169.636	15,6	175.989	3,7	176.991	0,6
davon: Umsatzsteuer	104.715	1,5	108.440	3,6	111.318	2,7	127.522	14,6	130.789	2,6	141.907	8,5
Einfuhrumsatzsteuer	32.651	-3,5	31.273	-4,2	35.370	13,1	42.114	19,1	45.200	7,3	35.084	-22,4
Gemeinschaftl. Steuern insgesamt	296.470	-1,0	301.673	1,8	329.302	9,2	374.334	13,7	396.472	5,9	370.676	-6,5
II. Bundessteuern												
Versicherungsteuer	8.751	-1,3	8.750	0,0	8.775	0,3	10.331	17,7	10.478	1,4	10.548	0,7
Tabaksteuer	13.630	-3,3	14.273	4,7	14.387	0,8	14.254	-0,9	13.575	-4,8	13.366	-1,5
Kaffeesteuer	1.025	4,5	1.003	-2,1	973	-3,0	1.086	11,7	1.008	-7,2	997	-1,1
Branntweinsteuer	2.194	-0,5	2.142	-2,4	2.160	0,9	1.959	-9,3	2.126	8,5	2.101	-1,2
Alkopopsteuer	1	.	10	.	6	-38,0	3	-52,7	3	-2,7	2	-20,1
Schaumweinsteuer	436	0,8	424	-2,7	421	-0,8	371	-11,7	430	15,7	446	3,8
Zwischenerzeugnissteuer	27	-4,6	27	0,8	26	-3,0	25	-3,5	27	6,4	26	-5,2
Mineralölsteuer	41.782	-3,3	40.101	-4,0	39.916	-0,5	38.955	-2,4	39.248	0,8	39.822	1,5
Stromsteuer	6.597	1,0	6.462	-2,0	6.273	-2,9	6.355	1,3	6.261	-1,5	6.278	0,3
Kraftfahrzeugsteuer (ab 06.2009)	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3.803	.
Solidaritätszuschlag	10.108	-1,7	10.315	2,0	11.277	9,3	12.349	9,5	13.146	6,5	11.927	-9,3
pausch. Einfuhrabgaben	3	-28,0	2	-35,6	1	-33,5	1	-8,1	2	60,7	3	21,0
sonstige Bundessteuern	1	.	-1	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bundessteuern insgesamt	84.554	-2,4	83.509	-1,2	84.215	0,8	85.690	1,8	86.302	0,7	89.318	3,5
III. Ländersteuern												
Vermögensteuer	80	-65,2	97	21,6	27	-72,0	5	-81,8	-7	.	7	.
Erbschaftsteuer	4.283	27,0	4.097	-4,4	3.763	-8,2	4.203	11,7	4.771	13,5	4.550	-4,6
Grunderwerbsteuer	4.646	-3,2	4.791	3,1	6.125	27,9	6.952	13,5	5.728	-17,6	4.857	-15,2
Kraftfahrzeugsteuer (bis 06.2009)	7.739	5,5	8.673	12,1	8.937	3,0	8.898	-0,4	8.842	-0,6	4.398	-50,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	1.885	1,3	1.813	-3,8	1.775	-2,1	1.702	-4,1	1.536	-9,7	1.511	-1,6
Feuerschutzsteuer	353	7,6	331	-6,1	322	-2,8	319	-0,8	327	2,5	324	-1,1
Biersteuer	787	0,2	777	-1,3	779	0,3	757	-2,9	739	-2,3	730	-1,3
Ländersteuern insgesamt	19.774	5,7	20.579	4,1	21.729	5,6	22.836	5,1	21.937	-3,9	16.375	-25,4
IV. Gemeindesteuern												
Gewerbesteuer	28.373	17,5	32.129	13,2	38.369	19,4	40.116	4,6	41.037	2,3	32.421	-21,0
Grundsteuer A	348	2,1	351	0,7	353	0,7	355	0,6	356	0,2	356	0,2
Grundsteuer B	9.591	2,9	9.897	3,2	10.045	1,5	10.358	3,1	10.451	0,9	10.580	1,2
Grunderwerbsteuer	23	-43,6	0	-100,0	0	0,0	0	.	0	.	0	.
Sonstige Gemeindesteuern	646	0,9	565	-12,5	551	-2,6	572	3,8	624	9,2	671	7,5
Gemeindesteuern insgesamt	38.981	13,1	42.941	10,2	49.319	14,9	51.401	4,2	52.468	2,1	44.028	-16,1
V. Zölle												
Zölle	3.059	6,3	3.378	10,4	3.880	14,9	3.983	2,7	4.002	0,5	3.604	-10,0
Steuereinnahmen insgesamt	**442.838**	**0,1**	**452.079**	**2,1**	**488.444**	**8,0**	**538.243**	**10,2**	**561.182**	**4,3**	**524.001**	**-6,6**

1) Nach Abzug der Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern.

Anlage 1 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 4)

Anlage 2

Bundesministerium der Finanzen
Referat V A 2

Steuereinnahmen der Länder
in Mio. Euro

13. Oktober 2010

Jahr	Steuerart	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2004	**Steuereinnahmen gesamt**	**22.305,0**	**25.915,3**	**4.552,7**	**12.954,9**	**3.001,8**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	11.163,8	12.643,0	759,8	6.673,0	425,2
	Zinsabgeltungsteuer	559,4	582,7	35,2	205,8	12,0
	Umsatzsteuer	7.070,6	8.098,0	3.323,9	4.056,1	2.277,3
	Gewerbesteuerumlage	817,0	786,2	35,2	502,3	23,2
	Landessteuern	2.694,2	3.805,4	398,6	1.517,7	264,1
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten					
2005	**Steuereinnahmen gesamt**	**22.227,8**	**25.943,4**	**4.326,6**	**13.119,3**	**2.864,9**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	11.307,3	12.835,8	792,9	6.693,4	413,0
	Zinsabgeltungsteuer	502,9	569,8	33,3	345,3	11,4
	Umsatzsteuer	6.701,7	7.841,5	3.021,6	3.867,9	2.129,2
	Gewerbesteuerumlage	833,4	883,7	29,9	529,7	22,9
	Landessteuern	2.882,5	3.812,6	448,9	1.683,0	288,4
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten					
2006	**Steuereinnahmen gesamt**	**24.006,0**	**27.881,0**	**4.756,1**	**15.120,2**	**3.178,5**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	12.479,8	14.323,1	990,0	8.369,2	512,0
	Zinsabgeltungsteuer	539,2	551,9	41,7	428,1	12,0
	Umsatzsteuer	6.997,8	8.131,0	3.213,1	3.949,9	2.334,9
	Gewerbesteuerumlage	909,0	983,7	46,8	532,0	20,5
	Landessteuern	3.080,2	3.891,3	464,5	1.841,0	299,1
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten					
2007	**Steuereinnahmen gesamt**	**26.941,6**	**31.054,0**	**5.478,2**	**17.099,1**	**3.534,5**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	14.079,4	15.980,2	1.249,4	9.247,4	595,0
	Zinsabgeltungsteuer	731,9	884,9	57,2	686,9	16,1
	Umsatzsteuer	7.972,3	9.244,9	3.638,4	4.514,0	2.580,5
	Gewerbesteuerumlage	1.024,1	1.010,0	44,1	597,0	22,0
	Landessteuern	3.133,9	3.934,0	489,1	2.053,8	320,9
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten					
2008	**Steuereinnahmen gesamt**	**28.002,5**	**33.294,7**	**5.574,2**	**16.833,2**	**3.706,4**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	14.639,8	17.390,9	1.498,0	8.883,8	736,0
	Zinsabgeltungsteuer	915,6	1.043,6	71,0	847,1	21,6
	Umsatzsteuer	8.298,8	9.734,9	3.507,9	4.679,0	2.626,1
	Gewerbesteuerumlage	965,6	1.073,0	38,9	603,0	15,9
	Landessteuern	3.182,7	4.052,3	458,4	1.820,3	306,8
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten					
2009	**Steuereinnahmen gesamt**	**24.733,2**	**30.985,4**	**4.999,0**	**14.774,0**	**3.451,8**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	11.842,2	15.734,9	1.466,9	7.535,4	678,8
	Zinsabgeltungsteuer	861,1	1.140,8	66,9	577,6	31,3
	Umsatzsteuer	8.969,7	10.228,1	3.108,6	4.802,2	2.509,8
	Gewerbesteuerumlage	651,0	781,6	40,9	379,1	16,4
	Landessteuern	2.409,2	3.100,0	315,7	1.479,7	215,5
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten					

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 14 Reihe 2, Vierteljährliches Kassenergebnis des öffentlichen Gesamthaushalts; für das Jahr 2009 vorläufig

Anlage 2 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 4)

Bundesministerium der Finanzen
Referat V A 2

Steuereinnahmen der Länder
in Mio. Euro

13. Oktober 2010

Jahr	Steuerart	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2004	**Steuereinnahmen gesamt**	**13.980,1**	**33.912,0**	**7.181,6**	**1.754,9**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	5.157,6	15.901,8	2.995,5	684,5
	Zinsabgeltungsteuer	226,0	758,9	130,9	31,1
	Umsatzsteuer	6.576,7	11.749,6	2.692,2	786,0
	Gewerbesteuerumlage	369,0	968,4	179,2	38,4
	Landessteuern	1.650,8	4.533,3	1.183,8	214,9
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2005	**Steuereinnahmen gesamt**	**14.121,4**	**34.700,6**	**7.169,1**	**1.855,9**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	5.205,1	16.738,4	3.127,6	700,2
	Zinsabgeltungsteuer	251,0	782,1	135,0	30,4
	Umsatzsteuer	6.507,1	11.367,1	2.589,3	854,9
	Gewerbesteuerumlage	416,8	1.097,3	214,4	62,4
	Landessteuern	1.741,4	4.715,7	1.102,8	208,0
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2006	**Steuereinnahmen gesamt**	**15.963,6**	**37.043,8**	**7.861,5**	**1.966,7**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	6.093,9	18.254,7	3.500,9	767,7
	Zinsabgeltungsteuer	283,4	868,3	143,7	31,8
	Umsatzsteuer	7.238,2	11.803,0	2.903,3	899,4
	Gewerbesteuerumlage	469,6	1.412,0	263,9	48,7
	Landessteuern	1.878,5	4.705,8	1.049,7	219,1
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2007	**Steuereinnahmen gesamt**	**16.689,8**	**40.522,7**	**8.799,9**	**2.277,4**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	6.852,3	19.596,2	3.765,9	892,8
	Zinsabgeltungsteuer	392,4	1.268,3	200,5	41,2
	Umsatzsteuer	7.015,8	13.483,7	3.436,4	1.063,0
	Gewerbesteuerumlage	462,6	1.229,6	237,0	67,9
	Landessteuern	1.966,7	4.944,9	1.160,1	212,5
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2008	**Steuereinnahmen gesamt**	**17.694,8**	**42.118,5**	**9.175,9**	**2.293,4**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	7.296,5	20.710,5	4.209,2	911,4
	Zinsabgeltungsteuer	411,6	1.550,6	249,2	51,5
	Umsatzsteuer	7.706,2	13.823,6	3.354,4	1.026,1
	Gewerbesteuerumlage	486,4	1.312,0	239,3	78,7
	Landessteuern	1.794,1	4.721,8	1.123,8	225,7
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2009	**Steuereinnahmen gesamt**	**17.357,2**	**38.461,4**	**8.343,8**	**2.026,5**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	6.392,0	18.370,0	3.767,6	843,4
	Zinsabgeltungsteuer	368,8	1.350,8	229,7	53,9
	Umsatzsteuer	8.950,8	14.287,4	3.333,0	935,8
	Gewerbesteuerumlage	374,3	922,2	178,3	48,4
	Landessteuern	1.271,3	3.531,0	835,2	145,0
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				

Anlage 2 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 4)

Bundesministerium der Finanzen
Referat V A 2

Steuereinnahmen der Länder
in Mio. Euro

13. Oktober 2010

Jahr	Steuerart	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2004	**Steuereinnahmen gesamt**	**7.357,8**	**4.374,5**	**4.845,8**	**4.065,0**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	1.091,0	616,2	2.072,1	584,7
	Zinsabgeltungsteuer	39,7	18,2	92,7	22,0
	Umsatzsteuer	5.533,9	3.369,3	1.814,2	3.094,0
	Gewerbesteuerumlage	49,9	35,1	138,8	28,7
	Landessteuern	643,3	335,7	728,0	335,6
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2005	**Steuereinnahmen gesamt**	**7.143,2**	**4.239,7**	**5.028,8**	**4.042,8**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	1.119,1	502,1	2.072,3	661,8
	Zinsabgeltungsteuer	36,4	19,8	101,4	19,8
	Umsatzsteuer	5.224,2	3.304,9	1.962,3	2.970,1
	Gewerbesteuerumlage	58,2	37,8	161,7	28,6
	Landessteuern	705,3	375,1	731,1	362,5
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2006	**Steuereinnahmen gesamt**	**8.065,7**	**4.638,2**	**5.562,3**	**4.193,1**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	1.402,2	862,7	2.409,0	664,7
	Zinsabgeltungsteuer	40,0	21,2	121,7	17,6
	Umsatzsteuer	5.797,2	3.300,0	2.055,1	3.099,1
	Gewerbesteuerumlage	58,0	36,7	179,7	31,6
	Landessteuern	768,3	417,6	796,8	380,1
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2007	**Steuereinnahmen gesamt**	**8.917,7**	**5.037,7**	**6.120,6**	**4.888,8**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	1.760,7	1.132,0	2.529,0	927,9
	Zinsabgeltungsteuer	56,9	25,7	169,2	27,8
	Umsatzsteuer	6.199,9	3.418,6	2.449,0	3.508,1
	Gewerbesteuerumlage	56,7	47,6	179,1	32,0
	Landessteuern	843,5	413,8	794,3	393,0
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2008	**Steuereinnahmen gesamt**	**9.221,7**	**5.207,5**	**6.420,1**	**5.048,9**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	2.100,6	1.217,1	2.667,0	1.116,0
	Zinsabgeltungsteuer	77,1	32,4	181,5	34,6
	Umsatzsteuer	6.226,2	3.534,2	2.699,7	3.488,1
	Gewerbesteuerumlage	57,9	35,6	166,2	34,1
	Landessteuern	759,9	388,2	705,7	376,1
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				
2009	**Steuereinnahmen gesamt**	**8.676,7**	**4.896,0**	**5.797,5**	**4.623,2**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	1.715,8	1.001,3	2.538,2	974,5
	Zinsabgeltungsteuer	86,0	42,1	151,2	38,5
	Umsatzsteuer	6.332,1	3.567,3	2.381,8	3.341,6
	Gewerbesteuerumlage	38,4	28,4	138,3	27,1
	Landessteuern	504,4	256,9	588,0	241,5
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten				

Anlage 2 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 4)

Bundesministerium der Finanzen
Referat V A 2

Steuereinnahmen der Länder
in Mio. Euro

13. Oktober 2010

Jahr	Steuerart	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder gesamt
2004	**Steuereinnahmen gesamt**	**8.012,4**	**1.863,9**	**7.189,6**	**163.267,3**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	2.236,4	577,8	2.908,2	66.490,6
	Zinsabgeltungsteuer	114,8	27,2	124,3	2.980,9
	Umsatzsteuer	2.709,1	443,9	1.036,6	64.631,4
	Gewerbesteuerumlage	43,5	45,5	193,1	4.253,5
	Landessteuern	721,8	165,2	590,7	19.783,1
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten	2186,8	604,3	2336,7	5127,8
2005	**Steuereinnahmen gesamt**	**8.120,0**	**1.816,1**	**7.382,2**	**164.101,8**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	2.378,2	541,4	2.729,8	67.818,4
	Zinsabgeltungsteuer	103,7	29,8	103,5	3.075,6
	Umsatzsteuer	2.575,7	446,9	1.070,5	62.434,9
	Gewerbesteuerumlage	56,7	43,2	220,7	4.697,4
	Landessteuern	748,7	170,3	588,6	20.564,9
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten	2257	584,5	2669,1	5.510,6
2006	**Steuereinnahmen gesamt**	**9.051,2**	**2.022,5**	**8.455,0**	**179.765,4**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	2.503,1	618,1	3.149,1	76.900,2
	Zinsabgeltungsteuer	116,9	31,4	106,7	3.355,6
	Umsatzsteuer	2.698,5	451,0	1.196,7	66.068,2
	Gewerbesteuerumlage	65,3	50,3	261,8	5.369,6
	Landessteuern	1.011,2	197,1	711,5	21.711,8
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten	2656,2	674,6	3029,2	6.360,0
2007	**Steuereinnahmen gesamt**	**10.028,0**	**2.108,5**	**8.463,7**	**197.962,2**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	2.632,9	675,1	3.068,4	84.984,6
	Zinsabgeltungsteuer	177,3	43,0	139,0	4.918,3
	Umsatzsteuer	3.210,2	473,4	1.355,5	73.563,7
	Gewerbesteuerumlage	65,0	47,2	232,2	5.354,1
	Landessteuern	1.155,1	189,6	814,1	22.819,3
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten	2787,5	680,2	2854,5	6322,2
2008	**Steuereinnahmen gesamt**	**10.652,9**	**2.326,2**	**9.213,3**	**206.784,2**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	2.973,9	734,8	3.355,8	90.441,3
	Zinsabgeltungsteuer	214,9	54,4	165,4	5.922,1
	Umsatzsteuer	3.605,5	517,3	1.368,4	76.196,4
	Gewerbesteuerumlage	55,2	55,2	219,6	5.436,6
	Landessteuern	917,2	164,1	924,9	21.922,0
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten	2.886,2	800,4	3.179,2	6.865,8
2009	**Steuereinnahmen gesamt**	**9.698,5**	**2.070,1**	**7.827,4**	**188.721,7**
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	2.449,0	616,1	2.590,9	78.517,0
	Zinsabgeltungsteuer	193,6	58,7	223,8	5.474,8
	Umsatzsteuer	3.697,0	528,6	1.346,8	78.320,6
	Gewerbesteuerumlage	43,2	41,4	154,3	3.863,3
	Landessteuern	645,2	144,9	679,0	16.362,5
	Gemeindesteuern der Stadtstaaten	2.670,5	680,4	2.832,6	6.183,5

Anlage 2 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 4)

Anlage 3

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Steuerrückstände
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	Rückstände im Vorjahr	in den letzten 12 Monaten					Gesamt-rückstände 31.12. Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7
		Soll-stellungen	Kassensoll Sp. 2+3	Kassen-einnahmen	Erlass	Nieder-schla-gungen	
	Mio. Euro						
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Lohnsteuer							
2004	904	154.268	155.172	154.081	2	261	827
2005	827	149.772	150.600	149.523	1	235	840
2006	840	153.845	154.685	153.791	1	244	649
2007	649	163.581	164.230	163.587	3	166	474
2008	474	172.985	173.459	172.809	11	146	492
2009	492	170.385	170.877	170.160	22	238	457
2. Veranlagte Einkommensteuer							
2004	7.548	8.966	16.514	8.019	14	1.542	6.939
2005	6.939	14.038	20.978	12.477	19	1.540	6.941
2006	6.941	21.688	28.630	20.213	31	1.497	6.889
2007	6.889	28.884	35.773	27.289	51	1.256	7.178
2008	7.178	35.650	42.827	34.548	131	1.214	6.935
2009	6.935	30.030	36.964	27.899	241	1.375	7.448
3. Körperschaftsteuer							
2004	2.573	13.803	16.377	13.307	2	329	2.738
2005	2.738	16.723	19.461	16.493	3	339	2.626
2006	2.626	23.208	25.834	23.011	3	302	2.518
2007	2.518	23.363	25.881	22.995	7	303	2.576
2008	2.576	16.990	19.566	16.299	8	240	3.019
2009	3.019	8.010	11.028	7.366	6	657	2.999
4. Umsatzsteuer							
2004	5.336	107.227	112.563	104.735	21	3.163	4.645
2005	4.645	110.839	115.483	108.458	21	2.867	4.138
2006	4.138	113.962	118.099	111.328	29	3.132	3.611
2007	3.611	130.631	134.241	127.566	41	2.257	4.377
2008	4.377	133.353	137.730	130.882	157	2.583	4.108
2009	4.108	145.014	149.121	141.937	325	3.140	3.720
5. Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag							
2004	902	11.310	12.212	12.021	0	1	190
2005	190	12.539	12.729	12.040	323	20	345
2006	345	14.278	14.623	14.341	0	6	276
2007	276	16.794	17.071	16.768	0	3	300
2008	300	19.672	19.972	19.650	1	7	314
2009	314	13.817	14.130	13.780	1	39	311

Anlage 3 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 5)

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Steuerrückstände
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	Rückstände im Vorjahr	in den letzten 12 Monaten					Gesamt-rückstände 31.12. Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7
		Soll-stellungen	Kassensoll Sp. 2+3	Kassen-einnahmen	Erlass	Nieder-schla-gungen	
	Mio. Euro						
1	2	3	4	5	6	7	8
6. Abgeltungsteuer auf Zins-und Veräußerungserträge (bis 2008: Zinsabschlag)							
2004	5	6.776	6.781	6.779	0	0	1
2005	1	6.992	6.993	6.992	0	0	1
2006	1	7.601	7.603	7.596	0	0	6
2007	6	11.023	11.030	11.025	0	1	4
2008	4	13.158	13.161	13.149	0	0	12
2009	12	11.994	12.006	11.997	0	0	9
7. Versicherungsteuer							
2004	10	8.777	8.787	8.753	0	1	34
2005	34	8.769	8.803	8.750	0	0	52
2006	52	8.761	8.814	8.774	0	1	39
2007	39	10.050	10.088	10.027	0	0	61
2008	61	10.467	10.528	10.478	0	0	50
2009	50	10.590	10.640	10.548	0	0	91
8. Grunderwerbsteuer							
2004	455	4.641	5.096	4.671	1	21	404
2005	404	4.838	5.242	4.794	0	19	429
2006	429	6.086	6.514	6.128	0	20	365
2007	365	6.966	7.332	6.949	0	17	366
2008	366	5.772	6.137	5.730	1	16	391
2009	391	4.830	5.221	4.853	0	17	350
9. Erbschaftsteuer							
2004	791	4.216	5.007	4.282	0	28	697
2005	697	4.156	4.853	4.097	0	23	733
2006	733	3.718	4.451	3.763	0	30	658
2007	658	4.387	5.044	4.198	0	22	824
2008	824	4.714	5.538	4.764	1	16	758
2009	758	4.882	5.640	4.548	1	19	1.072
10. Kraftfahrzeugsteuer							
2004	238	7.744	7.982	7.740	0	45	196
2005	196	8.757	8.953	8.675	0	42	236
2006	236	8.931	9.167	8.938	0	42	187
2007	187	8.919	9.106	8.879	0	32	194
2008	194	8.800	8.995	8.832	1	26	136
2009	136	7.589	7.725	7.586	1	24	113

Anlage 3 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 5)

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Steuerrückstände
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	Rückstände im Vorjahr	in den letzten 12 Monaten					Gesamt-rückstände 31.12. Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7
		Soll-stellungen	Kassensoll Sp. 2+3	Kassen-einnahmen	Erlass	Nieder-schla-gungen	
	Mio. Euro						
1	2	3	4	5	6	7	8
11. Solidaritätszuschlag							
2004	576	10.302	10.878	10.243	1	111	523
2005	523	10.584	11.108	10.442	19	110	537
2006	537	11.521	12.058	11.432	2	108	516
2007	516	12.661	13.177	12.548	3	92	534
2008	534	13.477	14.012	13.351	8	80	573
2009	573	10.384	10.957	10.219	14	110	614
12. Übrige Besitz- und Verkehrsteuern							
2004	142	3.107	3.249	3.102	0	24	123
2005	123	2.853	2.976	2.911	0	7	58
2006	58	2.591	2.649	2.569	0	8	73
2007	73	2.437	2.510	2.387	9	9	104
2008	104	2.119	2.223	2.123	0	5	95
2009	95	2.033	2.129	2.014	10	7	98
13. Jahressummen Bundesgebiet							
2004	19.481	341.137	360.618	337.734	41	5.525	17.319
2005	17.319	350.859	368.178	345.653	387	5.201	16.937
2006	16.937	376.190	393.127	371.883	67	5.390	15.787
2007	15.787	419.695	435.482	414.218	114	4.157	16.993
2008	16.993	437.155	454.148	432.616	318	4.333	16.880
2009	16.880	419.558	436.438	412.907	623	5.626	17.282

Anlage 3 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 5)

Anlage 4

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Gesamtrückstände, Erlasse
und Aussetzungen
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	Gesamt-rückstände 31.12.	von den Rückständen sind: gestundet	ausgesetzt	echte Rückstände
	Mio. Euro			
1	2	3	4	5
1. Lohnsteuer				
2004	827	88	348	392
2005	840	91	459	290
2006	649	81	276	292
2007	474	3	201	271
2008	492	8	205	280
2009	457	6	218	233
2. Veranlagte Einkommensteuer				
2004	6.939	308	3.769	2.863
2005	6.941	256	3.921	2.765
2006	6.889	293	3.879	2.717
2007	7.178	302	3.820	3.056
2008	6.935	468	3.696	2.770
2009	7.448	1.168	3.605	2.676
3. Körperschaftsteuer				
2004	2.738	49	2.192	497
2005	2.626	47	2.145	434
2006	2.518	142	1.967	408
2007	2.576	54	1.858	664
2008	3.019	127	2.385	507
2009	2.999	108	2.560	331
4. Umsatzsteuer				
2004	4.645	225	1.409	3.010
2005	4.138	255	1.162	2.721
2006	3.611	125	1.124	2.362
2007	4.377	142	1.562	2.673
2008	4.108	236	1.235	2.636
2009	3.720	130	1.062	2.529
5. Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag				
2004	190	6	135	49
2005	345	2	139	205
2006	276	6	201	69
2007	300	3	205	91
2008	314	8	130	176
2009	311	3	157	152
6. Abgeltungsteuer auf Zins-und Veräußerungserträge (bis 2008: Zinsabschlag)				
2004	1	0	0	1
2005	1	0	0	1
2006	6	0	1	5
2007	4	0	0	3
2008	12	0	0	12
2009	9	0	0	9
7. Versicherungsteuer				
2004	34	0	33	1
2005	52	0	52	1
2006	39	0	38	0
2007	61	0	38	24
2008	50	0	47	2
2009	91	0	85	6

Anlage 4 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Fragen 6 bis 8)

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Gesamtrückstände, Erlasse und Aussetzungen
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	Gesamt-rückstände 31.12.	von den Rückständen sind: gestundet	ausgesetzt	echte Rückstände
	Mio. Euro			
1	2	3	4	5
8. Grunderwerbsteuer				
2004	404	27	227	150
2005	429	31	249	149
2006	365	32	174	159
2007	366	41	144	182
2008	391	37	191	163
2009	350	27	200	123
9. Erbschaftsteuer				
2004	697	102	473	122
2005	733	89	527	116
2006	658	73	468	117
2007	824	62	587	176
2008	758	65	561	131
2009	1.072	109	852	111
10. Kraftfahrzeugsteuer				
2004	196	1	1	194
2005	236	5	3	228
2006	187	1	3	183
2007	194	2	4	189
2008	136	1	1	134
2009	113	1	1	112
11. Solidaritätszuschlag				
2004	523	24	295	203
2005	537	21	314	201
2006	516	29	302	186
2007	534	19	299	216
2008	573	32	337	203
2009	614	69	362	183
12. Übrige Besitz- und Verkehrsteuern				
2004	123	2	74	47
2005	58	3	42	13
2006	73	21	41	11
2007	104	28	39	37
2008	95	46	24	25
2009	98	40	18	39
13. Jahressummen Bundesgebiet				
2004	17.319	831	8.956	7.531
2005	16.937	798	9.015	7.124
2006	15.787	804	8.473	6.509
2007	16.993	656	8.756	7.581
2008	16.880	1.029	8.812	7.039
2009	17.282	1.660	9.119	6.502

Anlage 4 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Fragen 6 bis 8)

Anlage 5

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Erlasse und Niederschlagungen
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	**Erlasse** insgesamt	davon im Rahmen eines Insolvenzverfahrens oder außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens erlassen		**Niederschlagungen** insgesamt	davon aufgrund Insolvenzeröffnung niedergeschlagen	
	Betrag in Mio. Euro	Zahl der Fälle	Betrag in Mio. Euro	Betrag in Mio. Euro	Zahl der Fälle	Betrag in Mio. Euro
1. Lohnsteuer						
2004	1,7	k. A.[1)]	1,5	261,4	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	1,1	382	0,7	235,4	40.414	137,5
2006	1,1	518	0,7	244,1	44.917	150,0
2007	2,8	1.478	1,6	165,7	28.811	50,7
2008	11,3	11.953	10,6	146,1	48.474	73,5
2009	22,3	22.835	20,2	237,9	63.169	166,5
2. Veranlagte Einkommensteuer						
2004	14,1	k. A.[1)]	3,8	1.541,8	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	18,7	1.124	6,5	1.540,1	51.863	532,6
2006	31,0	1.872	11,4	1.497,0	64.930	584,0
2007	50,6	3.868	24,7	1.255,8	50.373	305,9
2008	130,7	19.715	95,1	1.213,7	89.264	377,7
2009	241,3	39.186	199,3	1.375,4	114.805	607,0
3. Körperschaftsteuer						
2004	1,8	k. A.[1)]	0,6	329,0	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	2,7	17	0,2	338,6	5.645	132,9
2006	3,1	26	0,3	302,5	6.185	153,2
2007	6,6	24	3,0	303,2	4.305	153,1
2008	8,2	54	1,1	240,3	7.307	112,5
2009	6,3	88	1,9	657,4	9.456	522,7
4. Umsatzsteuer						
2004	20,5	k. A.[1)]	11,8	3.163,3	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	21,0	2.254	9,8	2.866,5	133.065	1.461,1
2006	28,6	3.760	13,6	3.131,9	149.013	1.552,2
2007	41,3	8.351	26,7	2.256,7	117.007	843,9
2008	156,9	54.559	138,9	2.583,2	189.496	1.187,9
2009	324,6	105.615	284,6	3.139,7	240.363	1.992,9
5. Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag						
2004	0,1	k. A.[1)]	0,0	1,1	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	323,0	1	-	20,1	144	7,4
2006	0,0	0	-	6,0	203	6,0
2007	0,0	0	-	3,1	110	2,3
2008	1,3	17	1,2	6,9	124	3,2
2009	0,7	20	0,6	38,8	234	36,2
6. Abgeltungsteuer auf Zins-und Veräußerungserträge (bis 2008: Zinsabschlag)						
2004	-	k. A.[1)]	-	0,1	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	-	0	-	-	0	-
2006	-	0	-	0,0	3	0,0
2007	-	0	-	0,6	1	-
2008	-	0	-	0,2	2	0,2
2009	-	0	-	0,0	2	0,0

Anlage 5 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Fragen 9 und 10)

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Erlasse und Niederschlagungen
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	**Erlasse** insgesamt	davon im Rahmen eines Insolvenzverfahrens oder außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens erlassen		**Niederschlagungen** insgesamt	davon aufgrund Insolvenzeröffnung niedergeschlagen	
	Betrag in Mio. Euro	Zahl der Fälle	Betrag in Mio. Euro	Betrag in Mio. Euro	Zahl der Fälle	Betrag in Mio. Euro
7. Versicherungsteuer						
2004	0,0	k. A.[1)]	-	0,5	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	0,0	0	-	0,0	4	0,0
2006	-	0	-	0,9	4	0,5
2007	-	0	-	0,0	1	0,0
2008	-	0	-	0,0	0	-
2009	-	0	-	0,2	2	0,2
8. Grunderwerbsteuer						
2004	0,6	k. A.[1)]	0,0	20,5	k. A.	k. A.[1)]
2005	0,5	2	0,0	19,1	259	4,6
2006	0,3	4	0,1	20,1	498	4,1
2007	0,2	5	0,0	17,1	198	2,4
2008	0,8	33	0,5	15,8	285	3,1
2009	0,5	63	0,3	17,2	409	5,9
9. Erbschaftsteuer						
2004	0,2	k. A.[1)]	0,1	28,1	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	0,3	4	0,0	22,7	0	4,2
2006	0,4	11	0,1	29,9	0	7,0
2007	0,5	1	0,0	22,0	0	2,7
2008	0,6	39	0,3	15,8	0	2,2
2009	1,2	60	1,0	19,0	0	2,9
10. Kraftfahrzeugsteuer						
2004	0,2	k. A.[1)]	0,1	45,1	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	0,1	90	0,0	42,3	18.200	2,1
2006	0,1	157	0,0	41,6	25.583	3,2
2007	0,2	374	0,2	31,9	12.147	2,3
2008	0,6	2.104	0,6	25,8	18.763	1,7
2009	1,0	3.620	0,9	24,3	23.829	2,1
11. Solidaritätszuschlag						
2004	1,0	k. A.[1)]	0,4	110,5	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	19,1	1.158	0,3	109,7	73.251	39,5
2006	1,9	1.698	0,5	108,4	85.089	45,5
2007	2,8	3.615	1,3	92,1	59.981	26,0
2008	7,7	23.102	5,2	80,3	99.881	25,6
2009	14,3	49.264	11,3	110,0	128.217	57,8
12. Übrige Besitz- und Verkehrsteuern						
2004	0,2	k. A.[1)]	0,1	24,1	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	0,2	16	0,1	7,0	362	2,6
2006	0,2	5	0,0	7,8	497	3,2
2007	8,9	17	0,1	9,3	58	0,3
2008	0,2	51	0,1	4,9	923	2,5
2009	10,4	70	0,2	6,5	1.356	5,5

Anlage 5 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Fragen 9 und 10)

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Erlasse und Niederschlagungen
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	**Erlasse** insgesamt	davon im Rahmen eines Insolvenzverfahrens oder außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens erlassen		**Niederschlagungen** insgesamt	davon aufgrund Insolvenzeröffnung niedergeschlagen	
	Betrag in Mio. Euro	Zahl der Fälle	Betrag in Mio. Euro	Betrag in Mio. Euro	Zahl der Fälle	Betrag in Mio. Euro
13. Jahressummen Bundesgebiet						
2004	40,6	k. A.[1)]	18,3	5.525,4	k. A.[1)]	k. A.[1)]
2005	386,6	5.048	17,6	5.201,4	323.207	2.324,6
2006	66,6	8.051	26,8	5.390,0	376.922	2.509,0
2007	113,9	17.733	57,5	4.157,5	272.992	1.389,6
2008	318,3	111.627	253,6	4.333,2	454.519	1.790,0
2009	622,6	220.821	520,3	5.626,5	581.842	3.399,8

k. A.[1)]=keine Angabe

Anlage 5 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Fragen 9 und 10)

Anlage 6

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Rückstandsfälle
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	**Gesamtrückstände** Anzahl der Fälle	Gesamtrückstände in Mio. Euro	Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall in Euro	**Stundungen** Anzahl der Fälle	Stundungen in Mio. Euro	Durchschnittsbetrag je Stundungsfall in Euro	**Aussetzungen** Anzahl der Fälle	Aussetzungen in Mio. Euro	Durchschnittsbetrag je Aussetzungsfall in Euro
1. Lohnsteuer									
2004	131.046	827,4	6.314	699	88,2	126.157	8.285	347,6	41.952
2005	113.372	840,0	7.409	924	90,8	98.240	9.429	459,3	48.707
2006	100.196	649,2	6.479	1.027	81,2	79.020	6.008	276,4	46.011
2007	97.968	474,4	4.842	642	3,2	4.974	5.530	200,5	36.259
2008	95.199	492,4	5.172	544	7,7	14.176	5.283	204,9	38.791
2009	86.119	456,8	5.304	518	5,6	10.876	4.302	217,8	50.618
2. Veranlagte Einkommensteuer									
2004	1.083.081	6.939,3	6.407	73.623	307,6	4.178	225.311	3.768,8	16.727
2005	1.053.157	6.941,4	6.591	70.410	255,7	3.632	214.236	3.920,9	18.302
2006	1.102.235	6.889,0	6.250	72.463	293,5	4.050	211.019	3.878,5	18.380
2007	1.163.447	7.177,5	6.169	63.826	301,6	4.726	209.884	3.819,7	18.199
2008	1.370.089	6.934,5	5.061	67.556	468,1	6.930	388.708	3.696,4	9.509
2009	1.111.087	7.448,3	6.704	71.164	1.167,7	16.409	202.806	3.605,1	17.776
3. Körperschaftsteuer									
2004	64.083	2.738,2	42.728	1.734	49,0	28.254	15.706	2.191,7	139.547
2005	59.157	2.626,4	44.396	1.542	46,5	30.167	14.440	2.145,4	148.571
2006	58.656	2.517,8	42.924	1.393	142,0	101.951	13.227	1.967,2	148.729
2007	61.430	2.576,2	41.937	1.210	53,8	44.474	12.364	1.858,0	150.271
2008	60.908	3.018,5	49.559	1.187	126,8	106.853	11.691	2.385,0	204.002
2009	57.734	2.998,5	51.937	1.405	107,8	76.720	11.078	2.560,1	231.101
4. Umsatzsteuer									
2004	841.067	4.644,7	5.522	27.037	225,1	8.324	65.658	1.409,1	21.462
2005	779.096	4.137,6	5.311	24.435	254,5	10.417	60.785	1.162,3	19.121
2006	715.248	3.610,8	5.048	22.312	124,7	5.589	57.646	1.124,4	19.504
2007	705.852	4.377,2	6.201	19.712	142,4	7.226	53.910	1.562,1	28.976
2008	697.483	4.107,7	5.889	20.058	236,0	11.763	52.974	1.235,4	23.321
2009	664.773	3.720,4	5.597	21.468	129,7	6.042	52.979	1.062,0	20.046
5. Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag									
2004	2.467	190,1	77.038	92	5,7	62.391	1.164	135,1	116.104
2005	3.177	345,5	108.742	67	1,6	23.597	1.454	138,6	95.337
2006	3.635	276,3	75.997	65	6,1	93.815	1.745	201,2	115.315
2007	3.901	299,8	76.849	63	3,3	52.937	1.604	205,3	128.004
2008	5.252	313,5	59.696	89	8,0	89.685	1.315	130,0	98.887
2009	3.113	311,1	99.925	71	2,6	36.338	1.214	156,8	129.162
6. Abgeltungsteuer auf Zins-und Veräußerungserträge (bis 2008: Zinsabschlag)									
2004	21	1,5	70.095	0	0,0	0	3	0,4	149.000
2005	19	1,2	63.789	0	0,0	0	5	0,4	85.600
2006	37	6,5	174.595	1	0,0	13.000	9	1,1	127.667
2007	35	3,6	102.657	0	0,0	0	5	0,4	85.600
2008	25	12,1	485.880	0	0,0	0	0	0,0	0
2009	42	9,2	217.881	1	0,0	44.000	2	0,0	16.500

Anlage 6 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Fragen 11 bis 13)

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Rückstandsfälle
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	**Gesamtrückstände** Anzahl der Fälle	Gesamtrückstände in Mio. Euro	Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall in Euro	**Stundungen** Anzahl der Fälle	Stundungen in Mio. Euro	Durchschnittsbetrag je Stundungsfall in Euro	**Aussetzungen** Anzahl der Fälle	Aussetzungen in Mio. Euro	Durchschnittsbetrag je Aussetzungsfall in Euro
7. Versicherungsteuer									
2004	89	34,1	382.663	2	0,3	138.500	43	33,2	772.209
2005	82	52,5	640.049	1	0,0	4.000	61	51,8	849.131
2006	57	38,6	676.632	0	0,0	0	40	38,2	955.900
2007	61	61,2	1.002.721	0	0,0	0	36	37,6	1.045.278
2008	77	49,7	645.299	0	0,0	0	37	47,4	1.279.730
2009	80	90,8	1.135.363	0	0,0	0	53	85,1	1.605.887
8. Grunderwerbsteuer									
2004	30.201	404,1	13.381	2.733	27,1	9.926	5.566	227,0	40.790
2005	27.199	428,5	15.756	2.113	30,7	14.519	5.470	249,3	45.575
2006	26.196	365,3	13.944	1.983	32,3	16.267	5.099	173,6	34.043
2007	27.851	365,8	13.135	2.024	40,6	20.038	4.262	143,5	33.670
2008	26.369	390,6	14.813	1.913	37,2	19.422	3.895	190,6	48.946
2009	23.429	350,4	14.958	1.756	27,0	15.372	3.393	200,0	58.940
9. Erbschaftsteuer									
2004	17.694	696,8	39.379	1.592	101,6	63.825	9.048	472,7	52.248
2005	16.998	732,9	43.118	1.541	89,4	58.019	9.278	527,3	56.836
2006	16.762	657,5	39.228	1.341	72,7	54.207	9.013	467,5	51.872
2007	16.592	824,2	49.675	1.271	62,1	48.844	8.867	586,5	66.146
2008	16.689	757,5	45.390	1.381	65,5	47.400	8.800	561,1	63.765
2009	15.412	1.071,7	69.540	1.213	109,3	90.144	8.817	851,8	96.613
10. Kraftfahrzeugsteuer									
2004	920.365	196,4	213	4.434	0,9	202	855	1,3	1.517
2005	982.284	236,2	240	17.917	4,6	259	796	3,2	3.992
2006	810.794	187,0	231	6.631	1,3	198	847	3,0	3.516
2007	843.529	194,3	230	8.187	2,3	278	1.199	3,5	2.935
2008	645.723	135,8	210	5.438	1,1	209	902	0,7	731
2009	558.597	113,3	203	5.172	1,1	204	592	0,6	934
11. Solidaritätszuschlag									
2004	603.120	523,3	868	35.925	24,4	678	144.008	295,5	2.052
2005	566.231	536,7	948	32.058	21,4	668	141.895	314,4	2.216
2006	566.112	515,9	911	32.068	28,7	894	139.154	301,6	2.167
2007	576.893	534,4	926	27.949	19,5	697	137.797	299,3	2.172
2008	604.599	572,6	947	30.169	32,3	1.072	144.166	336,8	2.336
2009	582.741	613,6	1.053	32.220	69,2	2.148	137.992	361,8	2.622
12. Übrige Besitz- und Verkehrsteuern									
2004	15.696	122,8	7.823	679	1,6	2.390	9.269	73,7	7.951
2005	13.727	58,2	4.237	644	3,1	4.884	8.174	42,0	5.138
2006	10.370	72,9	7.033	475	21,4	45.086	6.761	40,5	5.992
2007	10.749	104,1	9.685	361	27,7	76.742	7.453	39,2	5.254
2008	9.712	95,2	9.801	343	46,3	135.032	6.987	23,8	3.407
2009	6.042	97,5	16.143	350	40,2	114.894	3.562	18,1	5.068
13. Jahressummen Bundesgebiet									
2004	3.708.930	17.318,5	4.669	148.550	831,5	5.597	484.916	8.956,3	18.470
2005	3.614.499	16.937,0	4.686	151.652	798,4	5.265	466.023	9.014,8	19.344
2006	3.410.298	15.786,7	4.629	139.759	803,8	5.752	450.568	8.473,3	18.806
2007	3.508.308	16.992,7	4.844	125.245	656,5	5.242	442.911	8.755,6	19.768
2008	3.532.125	16.880,2	4.779	128.678	1.029,0	7.997	624.758	8.812,2	14.105
2009	3.109.169	17.281,7	5.558	135.338	1.660,3	12.268	426.790	9.119,2	21.367

Anlage 6 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Fragen 11 bis 13)

Anlage 7

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	Kassen-soll	Gesamt-rückstände 31.12.	Rück-stands-quote	Erlasse	Erlass-quote	Nieder-schla-gungen	Nieder-schla-gungs-quote
	Mio. Euro	Mio. Euro	in %	Mio. Euro	in %	Mio. Euro	in %
1. Lohnsteuer							
2004	155.172	827	0,53	2	0,00	261	0,17
2005	150.600	840	0,56	1	0,00	235	0,16
2006	154.685	649	0,42	1	0,00	244	0,16
2007	164.230	474	0,29	3	0,00	166	0,10
2008	173.459	492	0,28	11	0,01	146	0,08
2009	170.877	457	0,27	22	0,01	238	0,14
2. Veranlagte Einkommensteuer							
2004	16.514	6.939	42,02	14	0,09	1.542	9,34
2005	20.978	6.941	33,09	19	0,09	1.540	7,34
2006	28.630	6.889	24,06	31	0,11	1.497	5,23
2007	35.773	7.178	20,06	51	0,14	1.256	3,51
2008	42.827	6.935	16,19	131	0,31	1.214	2,83
2009	36.964	7.448	20,15	241	0,65	1.375	3,72
3. Körperschaftsteuer							
2004	16.377	2.738	16,72	2	0,01	329	2,01
2005	19.461	2.626	13,50	3	0,01	339	1,74
2006	25.834	2.518	9,75	3	0,01	302	1,17
2007	25.881	2.576	9,95	7	0,03	303	1,17
2008	19.566	3.019	15,43	8	0,04	240	1,23
2009	11.028	2.999	27,19	6	0,06	657	5,96
4. Umsatzsteuer							
2004	112.563	4.645	4,13	21	0,02	3.163	2,81
2005	115.483	4.138	3,58	21	0,02	2.867	2,48
2006	118.099	3.611	3,06	29	0,02	3.132	2,65
2007	134.241	4.377	3,26	41	0,03	2.257	1,68
2008	137.730	4.108	2,98	157	0,11	2.583	1,88
2009	149.121	3.720	2,49	325	0,22	3.140	2,11
5. Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag							
2004	12.212	190	1,56	0	0,00	1	0,01
2005	12.729	345	2,71	323	2,54	20	0,16
2006	14.623	276	1,89	0	0,00	6	0,04
2007	17.071	300	1,76	0	0,00	3	0,02
2008	19.972	314	1,57	1	0,01	7	0,03
2009	14.130	311	2,20	1	0,01	39	0,27
6. Abgeltungsteuer auf Zins-und Veräußerungserträge (bis 2008: Zinsabschlag)							
2004	6.781	1	0,02	0	0,00	0	0,00
2005	6.993	1	0,02	0	0,00	0	0,00
2006	7.603	6	0,08	0	0,00	0	0,00
2007	11.030	4	0,03	0	0,00	1	0,01
2008	13.161	12	0,09	0	0,00	0	0,00
2009	12.006	9	0,08	0	0,00	0	0,00
7. Versicherungsteuer							
2004	8.787	34	0,39	0	0,00	1	0,01
2005	8.803	52	0,60	0	0,00	0	0,00
2006	8.814	39	0,44	0	0,00	1	0,01
2007	10.088	61	0,61	0	0,00	0	0,00
2008	10.528	50	0,47	0	0,00	0	0,00
2009	10.640	91	0,85	0	0,00	0	0,00

Anlage 7 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 16)

Bundesministerium der Finanzen
Referat I A 6

Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten
nach Steuerarten

12. Oktober 2010

Stand am 31.12.	Kassen-soll	Gesamt-rückstände 31.12.	Rück-stands-quote	Erlasse	Erlass-quote	Nieder-schla-gungen	Nieder-schla-gungs-quote
	Mio. Euro	Mio. Euro	in %	Mio. Euro	in %	Mio. Euro	in %
8. Grunderwerbsteuer							
2004	5.096	404	7,93	1	0,01	21	0,40
2005	5.242	429	8,18	0	0,01	19	0,36
2006	6.514	365	5,61	0	0,00	20	0,31
2007	7.332	366	4,99	0	0,00	17	0,23
2008	6.137	391	6,36	1	0,01	16	0,26
2009	5.221	350	6,71	0	0,01	17	0,33
9. Erbschaftsteuer							
2004	5.007	697	13,92	0	0,00	28	0,56
2005	4.853	733	15,10	0	0,01	23	0,47
2006	4.451	658	14,77	0	0,01	30	0,67
2007	5.044	824	16,34	0	0,01	22	0,44
2008	5.538	758	13,68	1	0,01	16	0,28
2009	5.640	1.072	19,00	1	0,02	19	0,34
10. Kraftfahrzeugsteuer							
2004	7.982	196	2,46	0	0,00	45	0,56
2005	8.953	236	2,64	0	0,00	42	0,47
2006	9.167	187	2,04	0	0,00	42	0,45
2007	9.106	194	2,13	0	0,00	32	0,35
2008	8.995	136	1,51	1	0,01	26	0,29
2009	7.725	113	1,47	1	0,01	24	0,31
11. Solidaritätszuschlag							
2004	10.878	523	4,81	1	0,01	111	1,02
2005	11.108	537	4,83	19	0,17	110	0,99
2006	12.058	516	4,28	2	0,02	108	0,90
2007	13.177	534	4,06	3	0,02	92	0,70
2008	14.012	573	4,09	8	0,05	80	0,57
2009	10.957	614	5,60	14	0,13	110	1,00
12. Übrige Besitz- und Verkehrsteuern							
2004	3.249	123	3,78	0	0,01	24	0,74
2005	2.976	58	1,95	0	0,01	7	0,23
2006	2.649	73	2,75	0	0,01	8	0,30
2007	2.510	104	4,15	9	0,35	9	0,37
2008	2.223	95	4,28	0	0,01	5	0,22
2009	2.129	98	4,58	10	0,49	7	0,31
13. Jahressummen Bundesgebiet							
2004	360.618	17.319	4,80	41	0,01	5.525	1,53
2005	368.178	16.937	4,60	387	0,10	5.201	1,41
2006	393.127	15.787	4,02	67	0,02	5.390	1,37
2007	435.482	16.993	3,90	114	0,03	4.157	0,95
2008	454.148	16.880	3,72	318	0,07	4.333	0,95
2009	436.438	17.282	3,96	623	0,14	5.626	1,29

Anlage 7 zum BMF-Schreiben vom . Oktober 2010
- I A 6 - Vw 4690/0: 001 -
(Frage 16)

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333